

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 39/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Volker Hauff MdB resümiert einen DDR-Besuch: Der ideologische Streit bleibt bestehen.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB begrüßt die Einigung über den Abbau der Mittelstreckenraketen: Dem ersten Schritt in Genf müssen weitere folgen.

Seite 3

Dr. Alfred Emmerlich MdB weist die CDU-Kritik an Klaus von Dohnanyi zurück: Der Bürgermeister handelte, wie es rechtlich und politisch geboten war.

Seite 4

Prof. Monika Ganseforth MdB und Dr. Hermann Scheer MdB verurteilen die Ereignisse in Rumänien: Eine Schande für Europa.

Seite 6

42. Jahrgang / 225

25. November 1987

Der ideologische Streit bleibt bestehen

Gedanken nach einem Besuch in der DDR

Von Dr. Volker Hauff MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

SPD und SED haben mit dem Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ Neuland betreten. Zwar gab es vorher bereits Dokumente zur chemiewaffenfreien Zone und zur atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa - gemäß dem Vorschlag von Olof Palme. Völlig neu ist aber die Diskussion über die politischen Voraussetzungen einer Kultur des Streites der Ideologien im Atomzeitalter. Das gemeinsame Dokument hat auf beiden Seiten für Unruhe gesorgt und zu Mißverständnissen geführt. Es wäre naiv gewesen, das nicht zu erwarten.

Kurt Hager beispielsweise hat Irritationen ausgelöst und bei vielen den Eindruck erweckt, dies Dokument sei für Teile der SED nur Spielmaterial. Seine Rede war ein Rückfall in altes Denken. Daran gibt es keinen Zweifel.

Ich hoffe sehr, daß seine Aussage in einem Gespräch vom 20. November '87 Bestand hat: „Wir haben dieses Papier ohne Einschränkung gebilligt und sind auch bereit, es Punkt für Punkt zu realisieren. Denn das gemeinsame Dokument stellt die Friedenssicherung in den Mittelpunkt, weil von der Sicherung des Friedens alles andere abhängt.“

Kurt Hager hat auch deutlich gemacht, daß die SED ihre Weltanschauung nicht aufgeben wird. Das ist uns Sozialdemokraten nicht neu. Deshalb bleibt der ideologische Streit bestehen. Eine Vermischung wird es nicht geben. Die SPD wird Hager beim Wort nehmen. Sie begrüßt seine Klarstellung: „Wir wollten keinesfalls in irgendeiner Form vom gemeinsamen Dokument abgehen.“

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
by the Druckerei  
Bonn-Post



Diese Klarstellung war notwendig. Ich habe nach meinen Gesprächen in der DDR den festen Eindruck, daß das gemeinsame Dokument in der DDR zu einer enormen politischen Diskussion geführt hat, die tief in die Gesellschaft der DDR hineinwirken und nicht nur von manchen Stalinisten als bedrohlich angesehen wird.

Die Bundesregierung hat mit dem Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland gezeigt, daß sie von den Realitäten - wie sie sind - und nicht von den irrigen Träumen einzelner Vertreter Ihrer Stahlhelm-Fraktion ausgeht.

Das hat man in der DDR positiv zur Kenntnis genommen. Heute sehen wir sehr deutlich: 15 Jahre nach der Einleitung der Ostpolitik durch Willy Brandt ist ein Fundament entstanden zwischen den beiden deutschen Staaten, das über die Zusammenarbeit in einzelnen Feldern hinausgeht.

Es gibt einen beiderseitigen Dialog. Nicht gegenseitige Mißachtung oder gar „roll back“ wie in den 50er und 60er Jahren prägt die politische Wirklichkeit. Heute entsteht eine Kultur des Streites über die ideologischen Grundfragen der beiden Systeme und damit auch ein Wettstreit der Ideologien.

Dieser Weg bringt die beiden deutschen Staaten näher. Es hat sich die alte Bahr'sche Formel aus den 60er Jahren „Wandel durch Annäherung“ als die historisch tragfähige Position erwiesen.

Und wer in der CDU/CSU immer noch glaubt, wie jüngst der Abgeordnete Lintner in Ostberlin, die DDR in Gänsefüßchen setzen zu können, der ist ein Träumer.

Das Entscheidende ist und bleibt: im Atomzeitalter sind wir gezwungen, die historischen Fehler zu vermeiden, die in der Vergangenheit begangen wurden und zu Kriegen geführt haben. Es war für mich persönlich ein Zeichen der Hoffnung, daß ein Mann mit der Einstellung und der Lebensgeschichte wie Kurt Hager in diesem Zusammenhang von verhängnisvollen Fehlern sprach, die zu spät erkannt wurden - auch von Kommunisten, so fügte er hinzu.

Und ein letztes:

Auch wir in der Bundesrepublik müssen uns öffnen gegenüber der DDR. Die Attitüde des reichen Bruders ist überlebt. Die DDR ist ein souveräner Staat und ein wichtiger Partner für die Erhaltung des Friedens im „Europäischen Haus“.

(-/25.11.1987/vo-ha/rs)

\* \* \*



**Dem ersten Schritt in Genf müssen weitere folgen**

---

**Zur Einigung der USA und der Sowjetunion über den Abbau der atomaren Mittelstreckenraketen**

**Von Karsten D. Voigt MdB**

**Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages**

Die sowjetisch-amerikanische Einigung über den weltweiten Abbau aller nuklearen Mittelstreckenwaffen ist ein Zeichen der Hoffnung. Diesem ersten Schritt müssen weitere folgen. An die Stelle eines Rüstungswettlaufs sollte ein Abrüstungswettlauf treten. Eine zunehmende Entmilitarisierung des Denkens und Handelns sollte zum Abbau überholter Feindbilder und übersteigerter Rüstungen beitragen.

Im deutschen und europäischen Interesse müssen der doppelten Null-Lösung im Bereich der Mittelstreckenwaffen jetzt Verhandlungen und Abkommen über eine drastische Verringerung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen, den Abbau der weiterhin in Europa stationierten Tausenden von nuklearen Gefechtsfeldwaffen und nuklearer Kurzstreckenwaffen sowie eine Bannung einer chemischen Kriegsgefahr in Europa folgen.

Die Vorschläge der SPD für einen atomwaffenfreien Korridor und eine chemiewaffenfreie Zone haben durch den Erfolg der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf an Aktualität gewonnen. Die SPD wird mit neuen Vorschlägen für eine beiderseitige strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und einen Abbau der nuklearen Kurzstreckenraketen auf eine weitere Beschleunigung des Abrüstungsprozesses drängen.

Die SPD dankt den beiden Großmächten für die erzielte Einigung. Sie fordert die Bundesregierung auf, ihrerseits nun endlich im Bereich der konventionellen Abrüstung und für den Abbau nuklearer Kurzstreckenraketen und Gefechtsfeldwaffen eigene Vorschläge vorzulegen.

Das Hoffen auf eine Verständigung der Großmächte ist kein Ersatz für eigenständiges Denken und Handeln einer deutschen Bundesregierung. Die SPD bietet der Bundesregierung hierbei ihre konstruktive Mitarbeit an. Aber sie wird auch weiterhin nicht darauf verzichten, im eigenständigen Dialog mit Politikern in Ost und West neue Abrüstungschancen auszuloten.

(-/25.11.1987/vd-ha/rs)

\* \* \*

Gehandelt, wie es rechtlich und politisch geboten war

---

Zur CDU-Kritik an Klaus von Dohnanyi

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Daß es Klaus von Dohnanyi gelungen ist, auf friedlichem Wege zu erreichen, daß in der Hafenanstraße in Hamburg Barrikaden und Befestigungsanlagen beseitigt wurden, daß Vertreter des Senats wieder Zugang zu den Räumlichkeiten haben und daß zwischen Hausbesetzern und der Stadt Hamburg ein Pachtvertrag zustande gekommen ist, hat bei den meisten Bürgern Erleichterung und Genugtuung ausgelöst. Der große Einsatz und der Mut des Hamburger Bürgermeisters findet überall Anerkennung.

Die CDU dagegen hält es für richtig, Klaus von Dohnanyis Verhalten scharf zu kritisieren und zu verurteilen. Da ist die Rede von einer Kapitulation von Rechtsbrechern, von einem Zurückweichen vor der Gewalt, von einem Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit, davon, daß „rechtsfreie Räume“ anerkannt worden seien.

Zu Hausbesetzungen war es nicht nur in der Hafenanstraße in Hamburg gekommen, sondern in vielen Städten der Bundesrepublik, unter anderem auch in Berlin. Die CDU erweckt mit ihren derzeitigen Erklärungen den Eindruck, als gebe es ein absolutes rechtliches Gebot, derartige Hausbesetzungen notfalls unter Einsatz staatlicher Machtmittel rückgängig zu machen, und als sei es unzulässig, Miet- oder Pachtverträge mit den Besetzern abzuschließen. Die CDU-Regierung in Berlin hat sich von einer solchen ebenso falschen wie törichten Rechtsauffassung nicht leiten lassen. Sie hat wie Klaus von Dohnanyi friedliche Lösungen angestrebt, Verträge mit den Besetzern gemacht und Gewaltanwendung vermieden, erst recht dann, wenn damit unabsehbare Risiken verbunden gewesen wären, insbesondere Gefahren für Leib und Leben von Besetzern, Polizeibeamten und auch Dritten.

Bei der rechtlichen Bewertung der Handlungsmöglichkeiten des Staates im Falle von Hausbesetzungen ist zu unterscheiden zwischen der Verfolgung von Straftaten, der Verpflichtung der Polizei, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entgegenzutreten und dem Abschluß von Miet- und Pachtverträgen mit Hausbesetzern.

1. Die Verfolgung von Straftaten ist Sache der Justiz. Durch Verträge zwischen den Hausbesetzern und Regierungs- oder Verwaltungsstellen werden das Recht und die Pflicht der Justiz, Straftäter



zur Verantwortung zu ziehen, nicht berührt. Soweit es sich jedoch um das Delikt des Hausfriedensbruchs handelt, ist darauf hinzuweisen, daß dieses nach Paragraph 123 des Strafgesetzbuches nur auf Antrag verfolgt wird, daß es sich bei ihm nach Paragraph 374 der Strafprozeßordnung um ein Privatklagedelikt handelt, bei dem nach Paragraph 376 StPO Anklage nur erhoben wird, wenn das im öffentlichen Interesse liegt. Entsprechendes gilt für Sachbeschädigungen.

2. Soweit in Hausbesetzungen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung liegt, hat die Polizei das Recht und grundsätzlich auch die Pflicht, diese Gefahr zu beseitigen. Ob sie einschreitet, wann dies geschieht und mit welchen Mitteln, steht allerdings in ihrem pflichtgemäßen Ermessen. Dabei muß sie den Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten, also auch bedenken, welche Folgen ein bestimmtes polizeiliches Einschreiten, zum Beispiel eine gewaltsame Räumung besetzter Häuser, haben kann, welche zusätzlichen Gefahren dadurch heraufbeschworen werden und ob dabei andere gleichwertige oder gar höherwertige Rechtsgüter in Gefahr geraten oder gar Schaden nehmen.

Angesichts der zugespitzten Situation in der Hafensstraße mußte bei einer gewaltsamen Räumung mit derartigen schwerwiegenden Gefährdungen bedeutender Rechtsgüter gerechnet werden. Der Senat der Stadt Hamburg war infolgedessen verpflichtet, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um es dazu nicht kommen zu lassen. Wenn der Hamburger Senat das Äußerste getan hat, um eine friedliche Lösung zu erreichen, dann hat er nicht nur rechtmäßig gehandelt, sondern dann hat er das getan, wozu er nach Verfassung und Gesetz verpflichtet war.

3. Die Herstellung vertraglicher Beziehungen zwischen der Stadt Hamburg und den Hausbesetzern war Voraussetzung dafür, daß Gewaltanwendung vermieden und eine friedliche Lösung erreicht werden konnte. Auch insoweit hat sich Klaus von Dohnanyi im Rahmen der Verfassungs- und Rechtsordnung bewegt und seinen Ermessensspielraum in verfassungstreuer Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und mit einer politischen Klugheit und einem politischen Mut, die beispielhaft sind, wahrgenommen.

Die Kritik der CDU verkennt das, was in Hamburg rechtlich und politisch geboten war.

(-/25.11.1987/vo-he/rs)

\* \* \*



**Eine Schande für Europa**

**Zu den Ereignissen in Rumänien**

Von Prof. Monika Ganseforth MdB

Stellvertretende Vorsitzende der deutsch-rumänischen Parlamentariergruppe und

Dr. Hermann Scheer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Die Unruhen in Rumänien überraschen nicht: Seit Jahren verschlimmern sich dort die inneren Zustände und haben für die Menschen ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Ein Volk hungert, friert und wird politisch rigoros unterdrückt. Es gibt kein Land in Europa, in dem auch nur annähernd die individuellen und sozialen Menschenrechte so mit Füßen getreten werden wie in Rumänien. Was dort geschieht, ist eine Schande für Europa. Verantwortlich dafür ist die Politik des Ceausescu-Clans, der eine despotische Herrschaftsstruktur schon mittelalterlichen Ausmaßes aufgebaut hat.

Es ist höchste Zeit, daß die politische Zurückhaltung gegenüber dieser Tyrannei aufgegeben wird, wie sie auch von den westeuropäischen Regierungen bisher geübt wird. Der Grund für diese Zurückhaltung ist offenbar, daß Rumänien in den sechziger und siebziger Jahren gelegentlich in der Sympathien erfuhr. Unter dem Mantel dieser Abweichungen entfaltete sich jedoch eine beispiellose Zwangsherrschaft in Rumänien, die keiner nennenswerten Kritik ausgesetzt war.

Die Verantwortung für Menschenrechte ist für einen europäischen Staat genauso gefordert wie für außereuropäische Staaten. Zu fordern ist das Engagement der europäischen Staatengemeinschaft in Ost und West für die Überwindung der rumänischen Zwangsherrschaft. Es darf nicht sein, daß der Westen in seiner Kritik an den rumänischen Zuständen reservierter ist als mittlerweile der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, großzügige Hilfsangebote an die rumänische Regierung zu machen. Auch dies ist Ausdruck der nicht länger tragbaren Zurückhaltung gegenüber den dortigen Herrschaftsverhältnissen. Denn allein mit Hilfeleistungen ist es nicht getan, solange es bei diesem Terrorregime bleibt.

Selbstverständlich sind Hilfen zur Linderung der akuten sozialen Not der Menschen im Rumänien angebracht. Aber diese müssen verbunden werden mit Forderungen zur Herstellung individueller und sozialer Menschenrechte. Eine Ablösung des Ceausescu-Regimes ist überfällig.

(-/25.11.1987/vo-ha/rs)

\* \* \*

